

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 27. Juni 1879.

Nr. 294

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den jetzigen so interessanten Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige.

Die Redaktion.

## Deutscher Reichstag.

66. Plenar-Sitzung vom 26. Juni.

Der Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Ein Reihe von Urlaubsgesuchen werden verlesen, die sämtlich bewilligt werden.

### Tagesordnung:

I. Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den Bau von Eisenbahnen von Teterchen nach Diedenhöfen und Buchweiler nach Schweighausen, sowie den Ausbau des zweiten Gleises zwischen den Bahnhöfen Teterchen und Hargarten-Falk.

Von den auf 9,530,000 M. veranschlagten Baukosten werden im Ganzen 720,970 M. durch Subventionen des Bezirks Lothringen, einzelner Interessengemeinschaften und der Hüttenbesitzer de Wendel gedeckt werden; die Hälfte des Restes von 8,809,030 M. wird von der Landesklasse von Elsaß-Lothringen übernommen und die andere Hälfte mit 4,404,515 M. soll aus Reichsmitteln gedeckt werden.

Unterstaatssekretär Herzog bittet, der Vorlage nicht um deshalb abhold zu sein, weil sie so spät beim Reichstag eingebracht worden; der Grund für diese Verzögerung liege darin, daß die Verhandlungen mit den Interessenten sehr langwierig gewesen sind und nicht früher hätten zum Abschluß gebracht werden können. Die Regierung habe gleichwohl die Vorlage noch an den Reichstag gebracht, weil der Bau dieser Bahnen als dringlich bezeichnet werden muß. Das vorliegende militärische Interesse derselben begründe den Antrag, den durch die Subventionen nicht gedeckten Theil der Unkosten auf das Reich zu übernehmen. Redner bittet das Haus, der Vorlage die Zustimmung zu erteilen, wenn auch die Verzinsung des Baukapitals nicht in genügendem Umfange in Aussicht gestellt werden kann.

Nach etzigen Bemerkungen des Abg. Berger, die bei der Unruhe des Hauses unverständlich bleiben, wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage unverändert genehmigt.

II. Zweite Berathung der allgemeinen Rechnung über den Haushalt des deutschen Reichs für das Jahr 1874 und über die Denkschrift zu dem Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1879-80.

Auf den Antrag der Rechnungs-Kommission — Referent Abg. Strecker — werden die stattgehabten Etatsüberschreitungen genehmigt und die allgemeine Rechnung für erledigt erklärt.

III. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat pro 1879-80 (Reichsbruderei).

Derselbe wird ohne Debatte genehmigt.

IV. Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines dritten Nachtragsetats pro 1879-80.

Es handelt sich bei diesem Nachtragsetat um den Erwerb des Graf Raczynski'schen Grundstücks am Königsplatz nebst mehreren anderen daran grenzenden Grundstücken für den Preis von zusammen 5,275,000 M., die aus den Reichstagsgebäudefonds entnommen werden sollen.

Staatsminister Hofmann begründet kurz die Vorlage. Die Regierung gehe von der Voraussetzung aus, daß der Reichstag nach wie vor an seinen früheren Auffassungen festhalte, in der Reichshauptstadt zu dem genannten Zwecke ein monumentales Gebäude zu errichten, um dadurch die wiedererwonnene deutsche Einheit gewissermaßen zu verkörpern. Daraus entspreche für die Reichsverwaltung die Verpflichtung, von der Gelegenheit Gebrauch zu machen, einen geeigneten Platz für das Reichstagsgebäude zu erwerben. Für den Fall, daß der Reichstag die Vorlage nicht genehmigen sollte, bittet Redner, darüber Beschluß zu fassen, ob dann der Gedanke der Errichtung eines Reichstagsgebäudes auch in Zukunft noch festgehalten werden solle. Daß der vorgeschlagene Platz ein zweckentsprechender ist, darüber wolle er kein Wort verlieren, und daß die Bedingungen, unter welchen derselbe jetzt erworben werden kann, äußerst günstig seien, darüber könne kein Zweifel bestehen. Außerdem wünscht Redner, daß die Vorlage getroffen werde, wie das Reich zu Ausführung gelangen soll, und bittet, zu diesem Zweck eine gemischte Kommission von 7 Mitgliedern zu ernennen.

Abg. Dr. Lucius schließt voraus, daß auch für den Fall, daß der Reichstag den vorgeschlagenen Platz ablehnen sollte, in keiner Weise damit auszusprechen werden sollte, daß der Reichstag überhaupt darauf verzichtet, in der Reichshauptstadt ein monumentales Reichstagsgebäude zu errichten. (Zustimmung.) Redner erwähnt die mangelhafte Sachverhalte, welche dem Bau auf dem vorgeschlagenen Platze entgegenstehen, an, aber er glaubt, daß man deren Lösung ruhig den Architekten überlassen könne. Uebrigens sieht er keinen äußerlichen Grund, weshalb das Gebäude nicht 20-30 Meter nach dem Königsplatze vorgeschoben werden könnte. Dadurch würde eine bedeutende Ersparnis gemacht werden, denn die Verlegung der Sommerstraße werde dadurch überflüssig. Redner acceptirt also das vorgeschlagene Projekt mit der gemachten Einschränkung und erklärt sich damit einverstanden, daß eine gemischte Kommission von 7 Mitgliedern zur Prüfung des Bauplanes eingesetzt werde, vorläufig aber bittet er um Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Reichenberger (Greifeld) beantragt die Verweisung der Vorlage an eine besondere Kommission von 7 Mitgliedern. Redner hebt zunächst hervor, daß man sich nicht der Illusion hingeben dürfe, es werde mit den Millionen, die hier vorgeschlagen werden, abgemacht sein. Wenn der Platz in der Weise Verwendung finden solle, wie beabsichtigt wird, dann könne man die Kosten für den Bauplatz auf mindestens 8-10 Millionen veranschlagen. Hierzu seien noch die Kosten zu rechnen, welche der Bau des Gebäudes selbst verursachen würde, die auf 28 Millionen zu veranschlagen seien. Redner verweist darauf, daß sich gegen diesen Bauplatz die namhaftesten Architekten ausgesprochen, daß sie nach der architektonischen Seite hin die Wahl dieses Platzes als geradezu verhängnisvoll bezeichnen. Nur der ungeduldige Theil der Architekten habe sich für diesen Platz erklärt. Eine Menge von Uebelständen werde sich bei der Wahl dieses Platzes herausstellen, vor Allem aber werde die Schönheit des Königsplatzes schwer geschädigt werden. Es empfehle sich, nach dem Vorschlage des Stadtbauraths Blantzenstein, sein Augenmerk auf den Platz an der nördlichen Seite, zwischen Königsplatz und Alsenbrücke, zu richten, das Reichstagsgebäude würde dort einen unendlich viel besseren Eindruck machen als auf der östlichen Seite. Er glaube, daß die preussische Regierung, wenn dieser Platz gewählt werden sollte, keinen Anstand nehmen werde, denselben dem Reiche zu überweisen. Es würde dadurch eine Ausgabe von 5-8 Mill. erspart werden, was für ihn ausschlaggebend sei. Zeit würde durch diese Aenderung nicht verloren gehen, mit dem Bau könnte sogar noch früher vorgegangen werden, denn das Niederreißen der Gebäude erfordere einen längeren Zeitraum.

Abg. Römmer-Hildesheim ist mit dem Vordränger vollständig einverstanden. Er möchte auch, daß der alte Platz überhaupt ganz verschwände, aber nichtsdestoweniger müsse er anerkennen, daß das Raczynski'sche Grundstück allen Anforderungen entspricht und zum Bau eines Reichstagsgebäudes wohl geeignet ist. Vom architektonischen Standpunkte werde man gegen jeden Platz Einwendungen erheben können. Er bitte daher, die Regierung möge den neuen Vorschlag vorurtheilsfrei prüfen, wenn aber der darin vorgeschlagene Platz nicht zu erreichen sein sollte, werde er sich für das Raczynski'sche Grundstück entscheiden.

Abg. Gerwig erklärt sich im Sinne des Abg. Lucius für den Ankauf des Raczynski'schen Grundstücks, während

Abg. Marcard sich gegen einen so kostspieligen Bau ausspricht. In einer Zeit, wo man eine Erhöhung der Zölle vornehmen müsse, um höhere Einnahmen zu erzielen, müsse man von allen kostspieligen Bauten Abstand nehmen.

Nachdem noch Abg. Fehr. v. d. Goltz die Annahme der Regierungsvorlage empfohlen, wird dieselbe, dem Antrage Lucius gemäß, an die Budgetkommission verwiesen.

V. Dritte Berathung der Liquidationen der auf Grund des Artikels V. des Gesetzes vom 8. Juli 1872 aus der französischen Kriegsentfädigung zu erscheidenden Beträge.

Die Vorlage wird für erledigt erklärt.

VI. Mündlicher Bericht der Budgetkommission über die Petition des geschäftsführenden Ausschusses des großen Komitees zur Errichtung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald.

Abg. Dr. Lucius empfiehlt als Referent der Kommission, die Petition des Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung der Auffassung des großen Staats zu überweisen.

Abg. Windthorst beantragt: Die Petition möge nach nicht genügender Information der Sache an die Petitionskommission zurückzuverweisen.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag damit, daß man zur Befriedigung seines Gefühls nicht aus anderen Tassen schöpfen könne. Er gebe zu, daß es gewisse Präzedenzfälle gäbe, aber diese stammten aus einer Zeit, wo wir glaubten, daß uns reiche Mittel zu Gebote ständen. Heute liegt die Sache nicht so. Wir befinden uns keineswegs in günstigen Verhältnissen. Ueberall treten uns erhebliche Defizite entgegen und wir sind damit beschäftigt, die Mittel herbeizuführen, um diese Defizite zu decken; in einem solchen Momente muß man um so mehr sich der Sparsamkeit befleißigen und die Ausgaben möglichst einschränken. Wir werden deshalb bei jeder Gelegenheit jede Ausgabe, die vor uns gebracht wird, auf das Sorgfältigste prüfen und nur die notwendigsten Ausgaben bewilligen. Hier liegt eine solche Nothwendigkeit nicht vor, es ist noch nicht einmal der Nachweis geführt worden, ob das Komitee mit den geforderten 400,000 Mark auskommen werde. Darüber scheint in der Kommission gar keine Erörterung stattgefunden zu haben und das ist jedenfalls ein Kardinalpunkt. Ehe man die Bewilligung ausspricht, wird man noch in Erörterung eintreten müssen. Ich empfehle die Annahme meines Antrages.

Staatsminister Hofmann: Der Bundesrath ist noch nicht in der Lage gewesen, eine Entscheidung über diese Frage zu treffen. Ich bin daher auch nicht in der Lage, Namens desselben eine Erklärung abzugeben. Aber ich kann doch erklären, daß die nationale Bedeutung dieses Denkmals ein wesentliches Moment für die Entscheidung des Bundesraths bilden dürfe. Wenn der Reichstag den Antrag der Budget-Kommission genehmigen sollte, dann glaube ich, werden sich die verbündeten Regierungen bei ihren Beschlüssen nicht von einem persönlichen Gefühle, sondern von dem nationalen Gefühle leiten lassen.

Abg. Römmer-Hildesheim: Ich stimme für den Antrag der Kommission und fühle mich gezwungen, der Freude Ausdruck zu geben, daß das nationale Werk jetzt so weit vollendet ist, daß man schon heute sagen kann, es wird einst das vollendetste und bedeutendste Kunstwerk sich auf dem Niederwald erheben. Ich fordere Sie auf, in Anerkennung der großen Ereignisse der letzten Jahre die Bewilligung der geforderten Summe für die Vollendung des Denkmals auszusprechen.

Abg. Freiherr v. Schorlemer-Alst:

Wenn ich Geld zu bewilligen habe aus dem Säckel anderer Leute, giebt es für mich kein Anstandsgefühl, sondern ich frage mich, ob ich berechtigt bin, solche Forderungen zu bewilligen. Es fehlt uns an nationalen Denkmälern nicht, und außerdem meine ich, wenn es sich darum handelt, Geld zu bewilligen, so müssen wir uns zuvörderst fragen, ob wir auch im Stande sind, dasselbe zu bewilligen. Hier handelt es sich um nichts weiter, als um eine verachtete Denkmalsgründung. (Widerpruch.) Ja, meine Herren, was kann es denn helfen, daß wir uns dem verschließen. So liegt die Sache in der That. Die Herren haben ein Denkmal zu gründen übernommen und kommen jetzt an das Reich, um die Gründung zu unterstützen. Wir Franken jetzt sehr stark an der Denkmalsmanie. Zu den nationalen Denkmälern zählt auch die Canossafälle, die für uns nichts weiter ist als eine Spandau des Kulturkampfes. Für mich liegt die Sache einfach so, ob wir ohne nähere Prüfung aus dem Säckel der Steuerzahler eine noch nicht festgestellte Summe bewilligen sollen, um ein Denkmal zu vollenden. Ich kann einem solchen Vorschlage nicht zustimmen und werde deshalb für den Antrag Windthorst stimmen.

Abg. Richter (Danzig): Mit solchen Erwiderungen wird der Abg. v. Schorlemer auch nach außen hin wenig Eindruck machen. Alle die Gründe, welche die Abg. Windthorst und Schorlemer eingebracht waren, sind bekannt. Wir müssen es deshalb auch verstehen, wenn man sich abweisend verhält, aber den Antrag, die Sache an die Kommission zurückzuverweisen, um neues Material zu beschaffen, verwerfe ich nicht; denn wie können ihm kein Material helfen. Die Kommission ist der Überzeugung, daß das Komitee etwas Anderes nicht bringen kann, als es gegeben hat. Auch für mich ist es eine Bestätigung, daß die Opferwilligkeit für diese Sache nachgewiesen hat, aber noch beschämender wäre es für die deutsche Nation, wenn die Vertreter derselben diese geringe Summe nicht bewilligen würden.

Abg. Richter (Hagen) findet es eigentümlich, daß das Centrum in einem Augenblick, wo es 100 Millionen Zölle, hohe Tabakssteuer u. bewilligt, von Sparsamkeit sprechen kann, wo es sich um 400,000 Mark handelt. Das hieße doch wirklich Mühen zeugen und Kamele verschlucken. Das Centrum habe aus Landesinteressen alle liberalen und demokratischen Grundzüge ausgegeben. Er sei im Kulturkampfe kein Gegner des Centrums gewesen, er habe nicht für die Maigesetze gestimmt, und er sei auch noch heute dagegen; das Centrum sei dagegen in einer vollständigen Wandlung begriffen, es gebe die Rechte der Steuerzahler in jeder Weise preis. Auch er finde es traurig, daß die Sammlungen für das Denkmal keinen besseren Fortgang genommen haben, aber die Schuld liegt daran, daß nicht mehr der frühere Stolz auf die nationale Erungenschaft vorhanden ist, es liege zum Theil an jener Interessenpolitik, die von der kirchlich-konservativen Majorität mit dem Reichskanzler zusammen verfolgt wird. Was den Antrag anlangt, so könne der Reichstag nicht anders, als die Summe bewilligen, nachdem der Kaiser selbst den Grundstein zu diesem Denkmal gelegt und der Bau schon so weit gediehen ist. Und wenn von der Germania gesprochen, die das Denkmal krönen soll, so hoffe er, daß, wenn dieselbe einst aufgerichtet wird, wir dann bessere Zustände in Deutschland haben werden, als heute. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Windthorst und Freiherr v. Schorlemer, dann wird der Antrag der Budget-Kommission mit großer Majorität vom Hause angenommen.

VII. Zweite Berathung des Gesetzentwurfs über die Konsulargerichtsbarkeit.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. Zimmermann zu § 1 wird die Vorlage gegen den Beschluß der Kommission en bloc angenommen.

Es folgt:

VIII. Fortsetzung der Berathung über den Zolltarif. Dieselbe beginnt bei Pos. 34 (Steinkohlen, Braunkohlen, Coals, Torf, Torfstöhlen . . frei).

Es erhebt sich hierüber eine längere Diskussion, in welcher die Abg. Alfermann und Streit (Sachsen) den Antrag befürworten, die Braunkohlen aus dieser Position zu streichen, wäh-



Abg. Hammacher gegen denselben erklärt.

Der Antrag wird abgelehnt und die Position unverändert genehmigt.

Position 36 (Theer, Bech, Harze aller Art, Kaspalt) wird ohne Debatte genehmigt.

Zu Position 36 (Thiere und thierische Produkte, nicht anderweit genannt) beantragte Abg. Delbrück: „Frische Fische“ frei zu lassen, während die Abgg. Fürst v. Hatzfeldt und Freiherr v. Manteuffel: „Lebende Fische“, sofern sie nicht seawärts eingehen, mit einem Zoll von 2 Mark pro 100 Kilogramm belegt wissen wollen.

Abg. Delbrück motiviert sein Amendement damit, daß dasselbe keine Aenderung, sondern nur eine Klarstellung der Position bezwecke, dessen Absticht es ja sei, die frischen Fische als zollfrei zu behandeln.

Abg. v. Manteuffel führt aus, daß mit der Annahme seines Antrages, der namentlich den Import der böhmischen Karpfen, durch welchen den Karpfenteichen der Lausitz große Konkurrenz gemacht werde, treffen wollte, der inländischen Fischzucht ein wesentlicher Dienst geleistet werden würde.

Geh. Rath Tiedemann erklärt sich mit dem Amendement Delbrück, welches wesentlich eine redaktionelle Bedeutung habe, einverstanden, bezeichnet dagegen den Antrag Hatzfeldt als zwar von einem richtigen Gedanken ausgehend, aber in der vorliegenden Form nicht acceptabel. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, wolle er erklären, daß nach der Auffassung der verbündeten Regierungen unter allen Umständen alle Fische zollfrei bleiben sollen, welche von deutschen Fischern auf deutschen Böden gefangen würden.

Das Resultat der Abstimmung ist die Annahme der Position mit dem Amendement Delbrück und die Ablehnung des Amendements Hatzfeldt.

Nach derselben Position sollen Eier von Geflügel einem Zoll von 3 Mark pro 100 Kilogr. unterworfen sein.

Abg. Delbrück beantragt für dieselben Zollfreiheit.

Der Antrag Delbrück wird abgelehnt und die Position nach der Vorlage genehmigt.

Zu Position 39 (Vieh) beantragt Abg. v. Simpson-Georgenburg eine Erhöhung des vorgeschlagenen Zollsatzes für ein Pferd von 10 auf 20 Mark. Ferner sollen Stiere und Kühe 6 Mark, Ochsen 20 Mark, Jungvieh 4 Mark, Kälber unter 6 Wochen 2 Mark, Schweine 2,50 Mark, Spanferkel unter 10 Kilo 0,30 Mark, Schafvieh 1 Mark, Lämmer 0,50 Mark Zoll per Stück zahlen. Ziegen sollen frei sein.

Abg. Richter (Meißen) beantragt den Zoll für Ochsen auf 25 Mark pro Stück zu erhöhen und als Jungvieh Thiere bis zu 2½ Jahren gelten zu lassen.

Abg. Staudy will Schweine mit 4 Mark und Spanferkel unter 10 Kilogramm mit 1 Mark verzollen.

Abg. Dr. Wachs: In den betheiligten Kreisen, die sich den englischen Markt unter allen Umständen sichern müssen, sieht man mit Besorgniß dem projektirten Eingangszoll auf Vieh entgegen, weil er den Schaden, den sie gegenwärtig bereits erleiden, noch erhöhen würde. Nun verlautet, daß in der Kommission des Bundesraths die Ansicht ausgesprochen worden ist, daß der in den Landstrichen von Oldenburg und Schleswig-Holstein aus England betriebene Import von magerem und Erzeugen von fettem Vieh unter den Begriff des Veredelungsverkehrs falle. Es würde den betheiligten Kreisen eine Aeußerung vom Regierungstische darüber, ob diese Auffassung zutreffend ist, sehr erwünscht sein.

Geh. Rath Tiedemann kann konstatiren, daß in der Kommission und bei den späteren Beratungen im Bundesrathe ein Zweifel darüber von keiner Seite angeregt worden sei, daß die von dem Abg. Wachs ausgesprochene Annahme zutrefte.

Abg. v. Simpson-Georgenburg verweist auf den quantitativen Rückgang der Pferdezahl in den Provinzen Ost- und Westpreußen, verursacht durch die überaus große russische Pferdeimport. Hiergegen, namentlich gegen die schlechtesten Qualitäten, wird ein Schutz Zoll von 20 Mark pro Pferd sehr heilsam sein. Dadurch wird auch die deutsche Kavallerie in ihrem Remontebedarf von dem Auslande viel unabhängiger werden.

Abg. Richter (Hagen): Abg. v. Sauten hat bereits hier ausgeführt, daß die Pferdezahl in Ostpreußen kein ernsthaftes Interesse an Zöllen auf Pferde hat. Indes will ich zuvor an diesen Abschnitt einiges Allgemeine knüpfen. Der Herr Reichskanzler stellte neulich die Viehzölle besonders als Ausgleich für eine Ueberlastung des platten Landes in Preußen dar. Wie verhält es sich aber in Wirklichkeit? Seit 1867 haben sich die direkten Steuern in Preußen um 21 Millionen Mark vermehrt, aber diese Vermehrung ist ausschließlich auf die Städte gefallen. Die Grundsteuer ist gleich geblieben, die Gebäudesteuer in den Städten weit stärker als auf dem Lande gestiegen, das platte Land zahlt gegen 1867 weniger Gewerbesteuer und 4½ Millionen Mark weniger Klassen- und Einkommensteuer, die Städte 7 Millionen Mark mehr. Alle Steuerreformen in Preußen sind, wie amtlich konstatiert wurde, fast ausschließlich dem platten Lande zu Gute gekommen. Ueber die Kommunalsteuern haben wir kaum Zahlen aus der Vergangenheit. Die neuesten amtlichen Erhebungen thun dar, daß der Städte das Dreifache vom Landbewohner an Kommunalsteuern bezahle. Die Beispiele des Reichskanzlers von der Belastung des platten Landes waren dem Niederrhein entnommen, wo die Verhält-

nisse von Stadt und Land überhaupt ziemlich gleichartig sind. In Pommern dagegen betragen die ländlichen Kommunalsteuern den achten Theil der städtischen Steuern im Lande. Die Staatssteuern des platten Landes haben sich seit 1867 vermindert, die Zuwendung für das platte Land aus Staatsfonds dagegen stark erhöht. Alles dieses hat eine liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses seit 1867 herbeigeführt. Die Vorstellungen von Benachtheiligungen des platten Landes und die Bewegung der Agrarier haben ihren Ursprung in Hinterpommern, dort hat auch der Herr Reichskanzler während seines längeren Aufenthalts sich solche Vorstellungen angeeignet. Nun bezahlt der ganze Regierungsbezirk Köslin nur 1,800,000 Mk. direkter Staatssteuern, weniger noch als 1867; 469,000 Mark kosten uns auch in diesem Jahre die hinterpommerschen Häfen, 2mal 900,000 Mark kosten an Zuschüssen die hinterpommersche und Köslin-Danziger Bahn, von der angekauften Wagner'schen Gründung und dem Zuschuß zur Centralbahn gar nicht zu reden. Wir würden uns sehr gut sehen, wenn wir den Hinterpommern alle Staatssteuern erließen und sie mit einem festen Zuschuß für sich selbst sorgen ließen. Was nun die Viehzölle anbelangt, so erklärt sich die geringe Abnahme beim Rindvieh nach Verhältnis der Bevölkerung bei der Zählung von 1873 daraus, daß jene Zählung am 10. Januar, wo die Schlachtperioden schon weiter vorgeschritten ist und nicht wie die früheren Zählungen am 3. Dezember stattfand. In den amtlichen Berichten wird deshalb hervorgehoben, daß sich diese Zählung gar nicht mit früheren vergleichen lasse. Dazu kommt noch, daß 1873 große Verluste durch Rinderpest in Frankreich vorhergegangen waren, welche durch deutsche Ausfuhr theilweise ergänzt worden waren. Auch der Bericht des landwirthschaftlichen Ministers über die Jahre 1875—77 konstatirt eine bemerkenswerthe Ausdehnung der Rindviehzucht. Nur im Jahre 1877 haben wir mehr Rindvieh eingeführt als ausgeführt. Bereits 1878 hatten wir wieder eine Mehrausfuhr. Ein Viertel der gesammten Ochsen-Einfuhr kommt nach Schleswig-Holstein; das ist Alles Magervieh, was dort gemästet und nach England verkauft wird. Die Erklärung des Regierungskommissars, daß man dies als Veredelungsverkehr betrachten wolle, kann Schleswig-Holstein nicht beruhigen. Der Versuch ist bereits 1864 gemacht worden, mußte aber, da die Identität für die Rückzahlung bei der Ausfuhr nicht kontrollirt werden konnte, ausgegeben werden. Auch sonst wird gerade die Landwirthschaft durch solche Viehzölle geschädigt, ich erwähne nur den bairischen Wald, wo man für das Zugvieh besonders auf Ochsen aus Oesterreich angewiesen ist. In den Industriebezirken am Niederrhein und der Grafschaft Mark kommt die einheimische Rindviehzucht dem großen Bedarf gegenüber gar nicht in Betracht. Im ganzen Kreise Pagen zählte man 1873 150 Ochsen, im Kreise Jülich nur 73, fortgesetzt müssen Extrazüge Vieh zuführen. Trotzdem bleiben, wie aus den Berichten des landwirthschaftlichen Ministers hervorgeht, die Preise sehr hoch. Die Vermehrung der Bevölkerung an sich, der größere Anspruch des Einzelnen auf Fleischnahrung, der Rückgang der Viehzucht in den industriellen Bezirken schaffen eine Nachfrage, der die landwirthschaftlichen Bezirke trotz größerer Intensität des Betriebes und Zunahme der Viehzucht für alle Gegenben ohne Bezugnahme auf das Ausland nicht genügen können. Ich schließe mit einem Ausspruch des Abg. Friedenthal aus dem Zollparlament 1879. Er sagte bei Gelegenheit der Reichszollfrage: „die Landwirthschaft habe nur ein Hauptinteresse, die gute und völlige Ernährung aller Bevölkerungsklassen, für ihn sei die erste wirthschaftliche Nothwendigkeit die Befreiung aller Lebensmittel von allen Erschwerungen der Befreiung.“ (Beifall.)

Geh. Rath Tiedemann: Konstatirt ist, daß die Viehzucht in den letzten Jahren abgenommen, der Bestand an Vieh sich vermindert hat. Dies hat neben anderen Ursachen wohl hauptsächlich die, daß die Viehproduktion seit Aufhebung der Viehzölle gegenüber der großen Einfuhr in diesem wichtigsten animalischen Produkt nicht mehr lohnend ist. Wir haben auch alle Ursache, uns in diesem wichtigen Nahrungsmittel vom Auslande unabhängig zu machen. Gegen den Antrag des Abg. Richter (Meißen), der die Altersgrenze des Jungviehs auf 2½ Jahre festsetzt, muß ich mich entschieden erklären, da er wohl den Viehein- und Verkauf befördert, dagegen die Viehproduktion, worauf es uns hauptsächlich ankommt, beeinträchtigt.

Sämmtliche Anträge mit Ausnahme desjenigen des Abg. Richter (Meißen), welcher die Altersgrenze für Jungvieh bestimmt, werden abgelehnt und mit dieser Modifikation die Regierungsvorlage angenommen.

Hierauf verlag sich das Haus.  
Schluß 4¼ Uhr.  
Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr.  
Tagesordnung: Kleine Vorlagen und Zolltarif.

Deutschland.

\*\* Berlin, 26. Juni. Die national-liberalen und fortschrittlichen Blätter sind über den Beschluß der Tarifkommission in der größten Aufregung. Während die national-liberale Presse nichts als Jörn und Klagen äußert, glaubt die Fortschrittspresse das Recht zu haben und Schadenfreude zu haben. Der Beschluß geht, wie man weiß, dahin, alle Forderungen sog. konstitutioneller und föderativer Garantien in den ersten Punkt des Frankfurter Antrages zusammenzufassen: den Betrag an Zöllen und Verbrauchssteuern, welcher durch die neuen Bewilligungen über den bisherigen Eingang an solchen Einnahmen hinaus erwächst, den Bundesstaaten zu überweisen. Darin wird eine Preis-

gebung des Artikels 38 der Reichsverfassung gefordert: „Der Ertrag der Zölle und gemeinsamen Verbrauchssteuern fließt in die Reichskasse.“ Ferner will man darin die Preisgebung des politischen Grundgedankens der Finanzreform sehen, wie ihn der Reichskanzler aufgestellt hatte. Es ist nun wirklich schwer, an die Aufrichtigkeit dieser Besorgnisse und Klagen zu glauben, wüßte man nicht, welchen Grad der Blindheit politische Verstimmung herbeiführen kann. Die „Nationallib. Korresp.“ sagt, das Reich müsse nunmehr mit dem Bettelsack bei den einzelnen Staaten herumgehen. Aber wie liegt die Sache in Wahrheit? Das Reich wird nach der Finanzreform der Kassirer der Einzelstaaten sein. Hat man je gesagt, daß ein Kassirer mit dem Bettelsack herumgeht? Hat man den Schrank des Kassirers je mit einem solchen Sack vergleichen können? Das Reich wird künftig nicht zu den Einzelstaaten kommen, um zu bitten, sondern diese zum Reich. Freilich, um was sie bitten, wird ihr Eigenthum heißen, und was sie dem Reich überlassen müssen, das wird Matrifularbeiträge heißen, aber das Reich wird die Matrifularbeiträge bestimmen, wie es schon jetzt der Fall war. Der große Unterschied ist aber, daß das Reich, um den Betrag der Matrifularbeiträge zu erhalten, nicht, wie bisher, bei den Einzelstaaten umhergehen muß, sondern daß es den Beutel von Anfang an in der Hand hat, aus dem es nur so viel herausgibt, als nach Abzug der sogenannten Matrifularbeiträge übrig bleibt. So erklärt denn auch in der That die fortschrittliche Presse, die konstitutionellen Garantien seien preisgegeben. Nun fand man aber solche Garantien bisher in den Matrifularbeiträgen. Wenn die neuen Matrifularbeiträge dasselbe bedeuten sollen, wie die alten, wie kann sich beklagen, daß die konstitutionellen Rechte preisgegeben seien? Wenn aber die neuen Matrifularbeiträge weniger bedeuten als die alten, wie kann man ein solches Aufheben machen von den neuen föderativen Garantien, durch welche der Einheitsgedanke zerstört sein soll? Andererseits ist doch die Behauptung unrichtig, daß das Interesse der Steuerzahler preisgegeben sei, denn die preussische Regierung hat sich im Februar verpflichtet, die Einnahmen, die ihr nach Abzug der bisherigen Matrifularbeiträge aus der Reichskasse zufließen werden, lediglich zur Verminderung der direkten Steuern zu verwenden, zu anderen Zwecken nur im Einverständnis mit dem Landtag.

Provinzielles.

Stettin, 27. Juni. Der Amtsvorsteher ist, nach einem Erkenntnis des Obergerichtes vom 23. Mai 1879, nicht berechtigt, in Bezug auf den Wegebau wegen der erwachsenen Kosten gegen den seines Erachtens zur Leistung der Kosten Verpflichteten die Administrativ-Erektion anzuordnen, falls der Aufgebote seine Verpflichtung bestritten, vielmehr hat der Amtsvorsteher die Streitfrage dem Kreisaußschusse vorzulegen, dessen Entscheidung durch Administrativ-Erektion vollstreckbar ist. Ordnet der Amtsvorsteher dennoch die Erektion an, so ist der Widerstand gegen den Erektionsbeamten nicht strafbar.

Am Tage der goldenen Hochzeit des deutschen Kaiserpaars feierte ein großes Etablissement, die Stärkesabrik von Wilhelm Kruse in Straßburg, das 150. Jahr ihres Bestehens, gewiß ein seltenes Fest. Die allenthalben gut renommirte Fabrik war auch auf der pommerschen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung durch verschiedene Proben ihrer Produkte vertreten.

Ein lieber Gast ist bei uns eingelebt! Herr Tomann, von seinem früheren Winter-Engagement am hiesigen Stadttheater, so wie von seinem Gastspiel in der vorigen Sommersaison am Bellevue-Theater aufs Beste hier akkreditirt, beginnt am Montag wieder im Bellevue-Theater ein leider nur auf wenige Rollen beschränktes Gastspiel in dem Birch-Pfeiffer'schen Schauspiel: „Die Baixe von Lowood“, als „Lord Rochester“, diesem folgt am Dienstag Benedikt's reizendes Lustspiel: „Die gärtlichen Verwandten.“ Wir können Herrn Direktor Schindler nur unseren innigsten Dank aussprechen, daß er sich bemüht hat, Herrn Tomann für dieses Gastspiel zu gewinnen und ist bei der großen Beliebtheit des Herrn Tomann hieselbst wohl mit Recht anzunehmen, daß der Besuch des Publikums ein recht reger sein wird, denn Herr Tomann ist eben ein Künstler der jede Rolle verschmälzt und nur sein Talent für sich sprechen läßt!

Die Rheberei des Herrn Bräunlich hat, um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen, für Sonntag, den 29. d. M., eine Extrafahrt mit dem Raddampfer „Wolliner Greif“ nach dem Casseburger Durchstich eingelegt. Die Abfahrt findet 1½ Uhr Mittags vom Dampfschiffbollwerk aus statt. Soweit möglich, wird der Dampfer im Durchstich längere Zeit liegen bleiben, um den Passagieren den Genuß der Waldpartien am Ufer des Durchstichs zu gestatten. Die einfache Tour von hier über das ganze Haff bis zum Zielpunkte dauert etwa 2¾ Stunden. Circa 8¼ Uhr Abends trifft das Schiff hier wieder ein.

Seit dem 25. Mai d. J. befindet sich im polizeilichen Assecuratorium ein feines schwarzes Umschlageluch mit türkischer Kante und schwarzen Franzen, ohne daß sich, trotz polizeilicher Publikation, die rechtmäßige Eigentümerin gemeldet hat.

Heute Morgen wurde dem Polizeipräsidenten v. Bräunlich von den Beamten der hiesigen Polizeidirektion als Zeichen der Achtung und Liebe, welche er sich während seiner Amtstätigkeit bei denselben erworben, ein Prachtalbum mit den Photographien des gesammten Beamten-Personals der hiesigen Polizeibehörde zum Andenken überreicht.

Stolz, 24. Juni. Am Freitag Abend erhielt der Tischlerlehrling Billwack auf dem Wege zur

Wabestelle im Auler plötzlich einen Schrottschuß, durch welchen er mehrfach im Gesicht und an beiden Beinen verletzt wurde. Der Richtung nach war der Schuß aus einem Kornfelde abgegeben, der Begleiter des Verwundeten und mehrere in kleiner Entfernung nachfolgende Knaben haben es jedoch unterlassen, dem Thäter nachzuspüren, so daß derselbe selber unbekannt geblieben ist. Angeblieh sollen sich in letzter Zeit mehrfach Knaben mit Schusswaffen im Felde herumgetrieben haben, welche durch ihr unbedachtes Schießen wiederholt Leute erschreckt haben, und wäre es sehr wünschenswert, wenn derartige Fälle zur Anzeige gebracht würden; vielleicht ließe sich dadurch auch für den obigen Fall etwas ermitteln.

Bemischtes.

— In der „Danz. Ztg.“ finden wir folgende amüsante Notiz: „Der junge ehemalige Handlungs-kommiss Richard St. von hier war durch die Letztüre von Ritter- und Räubergeichten auf den Gedanken gekommen, eine Räuberbande zu bilden, deren Führung er übernehmen wollte und welche im Zäufenthaler Walde ihr Asyl aufschlagen sollte. Mehrere Anordnungen, die er versuchte, mißlangen ebenso wie der Versuch, durch einen Boten des angehenden „Räuberhauptmanns“ von der Frau Fleischermeister S. mittelst schriftlicher Androhung eines schreckensvollen Räuberbesuchs eine Summe Geldes zu erpressen. Der Bote wurde von der resoluten Dame festgehalten und nun auch der Räuberhauptmann in partibus am Sonntag in Heiligenbrunn ergriffen.“

Literarisches.

Fromholz, Sammlung von Predigten zum Gebrauch an Bord. Berlin, Mittler und Sohn. Ein Jahrgang Predigten, kernig und gediegen, ganz dem Orte und der Mannschafft entsprechend, vor der sie gehalten sind, liegt vor uns. Die Predigten werden von jedem Christen gerne gelesen werden und ihn reichlich erbauen, es sind gedankenreiche, innige Predigten, die, aus einem von Christo begelsterten Herzen hervorgehend, auch wieder zum Herzen dringen. Namentlich eignen sich dieselben für Schiffe, um dort an den Sonntagen und Festtagen einen Gottesdienst halten zu können und wollen wir sie zu diesem Zwecke warm empfehlen haben.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 26. Juni. Die „Politische Korresp.“ meldet:

Aus Bukarest: Der Senat hat sich dafür ausgesprochen, daß die Initiative zur Vorbereitung des Gesetzentwurfs betrefis der Lösung der Judenfrage von den Kammern ergriffen werden solle. Der Senat hat eine Kommission niedergesetzt, welche sich im Einvernehmen mit der Regierung dieser Arbeit unterziehen soll.

Haag, 26. Juni. Heute hat das feierliche Leichenbegängniß des verstorbenen Prinzen von Dranien stattgefunden, welchem der König und die Prinzen Alexander und Friedrich beizuhnten.

Paris, 26. Juni. Heute Mittag fand in der Kirche St. Augustin eine feierliche Messe für den verstorbenen Prinzen Louis Napoleon statt. Prinz Jerome Napoleon, dessen Söhne, die Prinzessin Mathilde, die Königin von Spanien, der Erzbischof von Paris, das diplomatische Corps, die hervorragenden Bonapartisten und eine zahlreiche Volksmenge wohnten der Feierlichkeit bei, welche ohne irgend welchen Zwischenfall verlief.

Verailles, 26. Juni. Die Deputirtenkammer fuhr in der Berathung der Ferry'schen Gesetzentwürfe fort. Dem Republikaner Lamm, der sich im Namen der Freiheit gegen die Ferry'schen Vorlagen ausgesprochen hatte, trat der Unterrichtsminister Ferry selbst entgegen, indem er die Ueberwachung des Unterrichts als ein dem Staate zustehendes Recht in Anspruch nahm und darauf hinwies, daß der klerikale Unterricht, der zu einer ernsthaften Gefahr geworden sei, die von ihm gemachte Vorlage notwendig gemacht hätte.

Rom, 26. Juni. Der Fürst von Bulgarien wurde heute im Quirinal unter Erweisung fürstlicher Ehren vom König und von der Königin empfangen. Zu Ehren desselben findet morgen im Quirinal ein Diner statt, zu welchem die Minister, das diplomatische Corps und das Gefolge des Fürsten Einladungen erhalten haben. Der Fürst hat heute auch den beim Quirinal beglaubigten Botschaftern der Großmächte einen Besuch ab und empfing den Ministerpräsidenten Depretis und Tornelli in Audienz.

Madrid, 26. Juni. Die Regierung hat, da unweit Lissabon Fälle des gelben Fiebers vorgekommen sind, den aus Portugal kommenden Provinzen gegenüber eine dreitägige Quarantäne angeordnet.

London, 26. Juni. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Kairo von heute gemeldet wird, hat der Khedive den Befehl des Sultans, zu Gunsten des Prinzen Tewfik Pascha die Regierung niederzulegen, bereits heute Morgen erhalten und ist bereit, diesem Befehl nachzukommen.

Kairo, 26. Juni. Der Khedive Ismail hat die Regierung niedergelegt, die Proklamirung des Erbprinzen Mohamed Tewfik zum Khedive ist unmittelbar bevorstehend.

Kairo, 26. Juni. Erbprinz Tewfik begab sich heute Nachmittag 5 Uhr, begleitet von den diplomatischen Vertretern der Mächte, nach der hiesigen Citadelle und wurde dort, unter Lösung von 101 Kanonenschüssen, zum Khedive ausgerufen. Die Proklamirung Tewfiks zum Khedive ist von den Eingeborenen und von den Europäern mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Der bisherige Khedive Ismail wird sich dem Vernehmen nach demnächst nach Konstantinopel begeben.